

Weiterstadt, den 21. April 2020

Pressemitteilung

Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Weiterstadt

Wer versorgt uns zukünftig und wie?

Autorin: Simone Brodrecht

In der Standortdiskussion werden der Stadtpark Weiterstadt sowie die Darmstädter Landstraße Ortsmitte Gräfenhausen vorgeschlagen; dies geht ferner aus dem Schreiben des Magistrates der Stadt Weiterstadt an das Zentrum der medizinischen Versorgung (MVZ) GmbH vom 08.02.2019 hervor, in dem erneutes Interesse für die Errichtung ausgedrückt wurde. Eine Einrichtung wäre Ende 2020 angedacht; entsprechende Dialoge mit den hiesigen Ärzt*innen sind aufgenommen, es bestehe hier Zustimmung.

In den Kriterien zur Gründung eines MVZ im Bereich hausärztliche Versorgung vom Juni 2019 wird ein aktueller hausärztlicher Versorgungsgrad von 88% (abzüglich 2 Ärzte unter 75%) benannt, sollte keine Einrichtung eines MVZ erfolgen. Durch die Ärzteschaft sowie die ortsansässigen Therapeut*innen und Patient*innen werden Grenzen der alltäglichen Versorgung weit darüber hinaus wahrgenommen: überfüllte Wartezimmer, Wartezeiten, Zeitdruck, übermäßige Administration und Bürokratie neben der eigentlichen Dienstleistungen.

In der teils instabilen, nur bedingt kalkulierbaren gesundheitspolitischen Situation ergeben sich bei Gründung eines MVZ für die ausführenden Gesundheitsberufe Veränderungsmöglichkeiten in der sozialversicherungstechnischen sowie wirtschaftlichen Absicherung im Alltag, bspw. durch eine Anstellung mit festem Arbeitsvertrag. Auch der Wechsel von der Einzelpraxis zur Gemeinschaftspraxis oder zur GbR stellt eine zunehmende Perspektive für Niedergelassene sowie Selbstständige dar; gemeinsame Investitionen und Erträge, gemeinsame Risiken und Haftung – eine klientenzentrierte Patientenversorgung.

Vordergründiges Ziel eines MVZ: die Aufrechterhaltung der hausärztlichen Versorgung. Für Kreiskliniken entstehen ferner sog. wirtschaftliche Zubringer, die eine Weiterbehandlung ermöglichen sollen. In der Entwicklung werden mittlerweile Facharztsitze reihenweise aufgekauft,

wobei wir von Bündnis 90 / Die Grünen und der ALW betrachten eine volle "Verstaatlichung" der Gesundheitsversorgung in kommunaler Hand mit Skepsis: Nicht jeder Fach- und Hausarztsitz sollte und muss zwingend kommunal in einem MVZ eingebunden sein. Aufgrund der offenen Entwicklung der Gesundheitspolitik und noch nicht klar ersichtlicher wirtschaftlicher Lösungen für eine gerechte und sichere Deckung der Praxis-/Personalkosten (Honorierung der Dienstleistungen) sowie für eine Regulierung der Eigenanteile der Patient*innen, die ohnehin zunehmende Eigenleistungen übernehmen müssen und somit infolge teils auf Maßnahmen verzichten (müssen), sollten niedergelassenen Praxisinhaber*innen die Option zur individuell effizienten Gestaltung des Praxismanagements gegeben werden. Persönliche Betreuung sollte gewährleistet sein; Patient*innen jeden Alters sollten die Möglichkeit zur Bildung eines Vertrauensverhältnisses haben.

Autorin: Simone Brodrecht, Bündnis 90 / Die Grünen, KV Darmstadt-Dieburg (sb)